

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die fünfjährige Fortsetzung 25, Restbetrag 40 %

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erhalten wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Beitraglicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,10 RM, von unseren Boten ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den Briefträger 2,65 RM.

Beitragliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitstraße 10, und von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 141.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

58. Jahrgang

## Die letzte Woche.

Auch nach dem Weltkriege wird der Bitterreife im hohen Maße von Geschäftleuten beeinflusst sein, und zwar um so mehr, als im letzten Jahr der Politik die verhängnisvolle Rolle beschieden ist, die doch einmal kommen und mit den Jahren auch ihre Wirkung erzielen muß. Im Geschäftsleben aber hat noch zu allen Zeiten der Grundlag sich als Wahrheit bewährt, daß Aufrichtigkeit, Entgegenkommen, sich bezogen macht, Deutschland hat Anspruch auf diese Aufrichtigkeit, schon der außerordentliche Krieg, mit dem Reichsregierung und Nationalversammlung trotz aller Opfer bestritten sind, die Reichsregierung auf neue feste Grundlagen zu stellen, sollte Entgegenkommen bei der Entente auslösen. Wenn je mehr wir von allen nützlichen Bedeutungen befreit werden, um so glatter vollzieht sich die Abwicklung der Kriegsverträge. Amerika will zum Reizen des heimischen Geschäftsrantes die Ratifizierung des Friedensvertrages bis ins neue Jahr hinausschieben, weil es nicht fügen sich der Präsident Wilson der Vorbehalten des Senats in Washington einzuweichen, aber das braucht kein Anlaß zu sein, die Ratifizierung der Friedensverträge wieder hinauszuschieben. Weiter sind die Ausschichten auf Abänderungen schwach, unsere Unterhändler haben weder in der Frage der Auslieferung von Schiffbaumaterial, noch in der Herabsetzung der Zahl von Militärlieferungen etwas Neuenwertes bisher erlangen können. Dieser Zustand der andauernden, systematischen Verweigerung der deutschen Republik ist unglücklich. Wir glauben nicht, daß die Amerikaner darin auf Schritt und Tritt dem Beispiel von London und Paris folgen werden, mögen sie wahrlich nicht unsere Freunde sein. Die amerikanische Geschäftstätigkeit kann da nicht mehr, als die Ausdehnung des Handelsverkehrs zwischen über keinen Bitterreife, die den Bitterreife der beiderseitigen Interessen doch nicht befriedigen werden.

Nach Eintritt einer längeren Pause in den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungs Ausschusses hat die Nationalversammlung sich wieder an die Erhebung der neuen Steuerentwürfe gemacht und die umfangreiche Abgabensammlung nach den Beschlüssen ihrer Kommission angenommen. Auch die große Vermögensabgabe wird noch im alten Jahre genehmigt werden, so daß ihren Inkrafttreten mit dem 1. Januar nichts im Wege steht. Dann kommen Umsatzsteuer und Einkommensteuer an die Reihe. Die Einkommensteuer galt aber weniger diesen finanziellen Notwendigkeiten, als den wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten über das Betriebsverhältnis. Die geschlossene deutsche Arbeit kann nicht vertriebenen Herren dienen, denn bei den heutigen sehr schwierigen internationalen Konstellationen, die uns in wirtschaftlichen Notlagen versetzen, muß die deutsche Industrie erst lange herumfragen, was sie tun soll, dann hat sie aufgehört, konkurrenzfähig zu sein. Derartige Krisen stellen einen Virus dar, den wir uns heute nicht gelassen dürfen. Das praktische Leben würde durch die ganze Theorie gewandelt und nutzlos gemacht werden. Arbeitslosen und Lebensmittelmangel werden weiter infolge der gehärdeten Mitternachts eine Besserung auf Dauerfristige Maßregeln für die Zukunft sind aber damit noch nicht erbracht worden.

Am 28. November war es ein Jahr, daß der letzte deutsche Kaiser in Anwesenheit in Jockland die Abdankung unterzeichnet hatte. Die heftigste Prozedur der Entente ruff von Woche zu Woche widersprechende Meinungen hervor, die zeigen, daß verschiedene Strömungen gegeneinander kämpfen. Der Weltkrieg und dies Nachkriegsleben würden nur das Mittelmeer gemein haben, daß in beiden nichts vom Recht zu finden ist. Es ist nach wie vor nicht anzunehmen, daß Deutschland ernstlich zugunsten werden kann, tüchtige Männer dem Gerüst der Entente auszuweisen, weil sie das taten, was durch die Pläne der Gegner notwendig geworden war. Im Baltikum haben heftige Kämpfe zwischen der noch dort befindlichen deutschen Flotten Division und der bolschewistischen Partisanen stattgefunden, von deren Lebenskraft unsere Landenteile arg bedrängt waren. Wenn es auch bei der Sachlage unklar war, trotz aller Warnungen auf russisches Gebiet auszuweichen, so wollen wir doch hoffen, daß alles noch zu einem guten Ende kommt. Der äußersten Wendung müssen wir jedenfalls zu weichen haben, denn kein Deutscher kann den anderen in schwerer Gefahr bei der es sich um Tod und Leben handelt, im Stillen lassen, wenn er zu helfen vermag. Die Zeit verträubelt monden Trost, der die

Verhältnisse verschärft hat. Erkennendweise lauten die letzten Meinungen beruhigender.

Die Wahlen in Frankreich haben den Ministerpräsidenten Clemenceau als Zittor seines Landes bestätigt, und seine Macht bekommt Deutschland wieder zu fühlen. Die deutschen Gefangenen werden nicht ausgeliefert, sondern weiter zum Wiederaufbau der durch Krieg zerstörten nordfranzösischen Städte und Dörfer verwendet, bis der Friede wirklich in Kraft getreten ist. Dies soll aber erst geschehen, wenn wir alle unsere Verpflichtungen erfüllt haben. Es und wann dies in allen Punkten möglich sein wird, steht dahin. Ueber den Zeitpunkt der Rückkehr der Gefangenen läßt sich daher leider noch gar nichts Bestimmtes sagen. Nach dieser Parole von Clemenceaus Willkür ist auch nicht zu erwarten, daß der Deutscherwiderstand aus seinen Amt scheiden wird. So lange er hier, wird er uns zu schützenden stehen. „Deutschland hat den zivilisierten Völkern den Krieg aufgegeben“. So sagt er; zu treffen ist es nicht, aber wir sollen dafür büßen. Damit werden uns sehr trübe Aussichten für das neue Jahr eröffnen.

## Deutschland wehrt sich.

Eine deutsche Deutschrift zur Scapa-Flow-Frage.

Die Entente fordert bekanntlich von Deutschland als „Strafe“ für die Verletzung der Flotte in Scapa Flow eine große Anzahl von Zerstörern, Zerstörern und anderen Schiffsbauern, ohne das der deutsche Schiffbau und somit die ganze deutsche Handelschiffahrt lahmgelagert würde. Die deutsche Regierung hat nun eine eingehende, juristisch begründete Deutschrift in Paris überreichen lassen, die die Scapa-Flow-Frage objektiv und sachlich auseinandersetzt. Ihr Inhalt ist kurz folgender:

Zunächst wird festgestellt, daß die verschiedenen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, auf die sich die alliierten und assoziierten Regierungen berufen den Fall überhaupt nicht treffen. Dabei wird insbesondere hervorgehoben, daß mit der im Waffenstillstand vereinbarten Internierung der deutschen Kriegsschiffe in keiner Weise über deren endgültiges Schicksal entschieden und daß die Resolution der deutschen Regierung mit der schließlichen Entscheidung der Schiffe nach dem Birch of North erfüllt war.

Als ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage wird in der Deutschrift dann aber die Tatsache hingestellt, daß die Verletzung der Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden muß.

Das Admiral v. Reuter bei der Verletzung ohne Wissen und Willen der deutschen Heimatbehörden gehandelt hat, ist den gegnerischen Regierungen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorfalles mitgeteilt worden und wird auch jetzt unbedingt aufrechterhalten. Andererseits wird festgestellt, daß die Kriegsschiffe im Widerstand mit dem Waffenstillstandsvertrage nicht in einen Konflikt, sondern in einen zivilen Konflikt interniert worden sind.

Außerdem haben die Engländer die Internierung in Scapa Flow so gestaltet, daß die Besatzungen wie Kriegsgefangene behandelt wurden. Insbesondere wurde ihr freier Verkehr mit der Heimat unterbunden. Wie die Deutschrift durch Klärung der Einzelheiten des Vorfalles nachweist, ist es lediglich auf diese Unterbindung des Verkehrs zurückzuführen, daß Admiral v. Reuter in jenen Tagen zu der Annahme kommen mußte, der Waffenstillstand laufe am 21. Juni mittags ab, und daß er daraufhin nach Seemannsbrauch die Verletzung der Schiffe veranlaßte.

Hiervon ergibt sich einmal, daß der Admiral während des Waffenstillstandes der Schiffe in Scapa Flow der Befehlsgewalt der deutschen Regierung tatsächlich entzogen war. Damit entfällt von vornherein jede Haftung der deutschen Regierung für die Handlungen des Admirals. Außerdem kommt aber das eigene Verschulden der Gegner hinzu, deren vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Verletzung geworden ist.

Deutschland erkennt seine Ersatzpflicht an.

Es kann unmöglich ausgehen werden, daß die Alliierten von Deutschland den Ersatz eines Schadens fordern, der auf ein vertragswidriges Verhalten der Alliierten zurückzuführen ist und gerade infolge dieses vertragswidrigen Verhaltens von Deutschland

überhaupt nicht verhindert werden konnte. Auf Grund dieser Ausführungen kommt die Deutschrift zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Verletzung gefordert werden, von Rechts wegen als unbegründet zurückweisen muß.

Ein Einigungsantrag Deutschlands.

Die deutsche Regierung betont zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspreche, wenn durch eine beratige Streitfrage das auch beiderseitig dringend gemeinsame alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedsgericht im Haag zur Entscheidung zu unterbreiten.

Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Verletzung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben, welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Verletzung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Deutschland wiedergutzumachen sein würde.

Die Verteilung der Beute.

Der Oberste Rat beschäftigte sich Freitag mit dem Schicksal der deutschen Kriegsschiffe, die den Alliierten übergeben wurden. Es wurde im Prinzip die Verteilung dieser Schiffe beschlossen, nur die Verteilung des alten Eisens bleibt noch zu regeln. In diesem Sinne der Oberste Rat folgenden Vorschläge:

1. Frankreich und Italien erhalten Kriegsschiffe, da ihre Verleuten während des Krieges nicht bauten.
2. Die Schiffe können vorübergehend an die alliierten Länder in Erwartung der Abrüstung verliehen werden.

Weiter die Verteilung des Waffenmaterials, das als Ersatz für die Verletzung der Flotte in Scapa Flow gebildet ist, ist noch kein Entschluß gefaßt worden.

Das schlechte Gewissen.

Die Note des Ministerpräsidenten Clemenceau über die Kriegsgefangenen ist in Frankreich nicht veröffentlicht worden. Die „Presse de Paris“ hat jedoch nach den deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug veröffentlicht.

Minister Deser gegen Eisenbahnstriebe und Schieber. Die Straf eintreten der preußisch-belgischen Staatsbahnen für verloren, verordnete und beschädigte Gefangenen haben im Jahre 1918 nicht weniger als 140 Millionen Mark erreicht. Zum erheblichen Teile kommt dieser Verlust auf Eisenbahnstriebe. Die Diebereien, Beuntreuungen, Schieberungen und sonstigen Verbrechen der Dienstpflichtigen drohen sich zu einem strebs haben auszuweiten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat deshalb die Eisenbahndirektionen von neu an angewiesen, den unerhörten Mißständen ohne Rücksicht auf Kosten oder Bequemlichkeiten anderer Art entgegenzutreten. Es sind dafür eine Reihe von einzelnen Maßnahmen angeordnet. Die Bekämpfung der Eisenbahnstriebe, der Schieberungen und Verbrechen sowie die Bearbeitung der gesamten Abfertigung von Gütern und Gepäck ist einem besonderen Departement als Hauptaufgabe zu übertragen.

Madensens Heimkehr. Wie dem Wiener Journal aus Budapest telegraphiert wird, begibt sich General Feldmarschall v. Madensens, der in den nächsten Tagen aus Saloniki entlassen wird, über Budapest und Wien nach Deutschland zurück. Er dürfte in Budapest und Wien nur kurzen Aufenthalt nehmen.

§ 189 der Abgabenordnung, die jetzt auch vom Plenum der Nationalversammlung angenommen worden ist, ist der wichtigste Paragraph dieses umfangreichen Gesetzes, weil er die ganze deutsche Steuerbelastung auf neue Grundlagen stellt. Danach werden alle Einkommen, Sparanlagen und Kreditinstitute jeder Art verpfändet, vom 1. Januar bis 31. März 1920 den Steuerbehörden ein Verzeichnis ihrer Kunden eingereicht. Damit ist also die Hinterziehung von Kapitalvermögen, und Kapitalien irgend welcher Art von den Steuern unmöglich gemacht, denn den Banken usw. sind bekanntlich bereits die Sätze der Zinsscheine für alle Sparkassen und Dividenden einzureichen. Nach diesen werden nun auch die Spargelder der Sparkassen erfasst. Öffentlich ist leider darunter nicht die Sparkassen sehr beunruhigt und die Bestimmungen der Abgabenordnung, nach

Zeichne mit 500 Mark in bar und 500 Mark Kriegaanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe.

Welcher Steuererleichterungen flüssig zur Verfügung stehen werden, wenn der Steuerpflichtige die Weisung des Steuerdecks befreit.

Die Gemeindeabgaben, die bis zum 31. März zum letzten Mal erhoben werden, haben in einzelnen Städten schon die Hälfte erreicht und nähern sich fast 800 Prozent. Damit ist nun auch die Einfuhr gekommen, daß die Steigerung der Gemeindeabgaben zum Abschluß gebracht werden muß, denn nach dem 1. April 1920 werden die nötigen Gelder bei der Finanzlage des Reichs noch viel schwerer zu beschaffen sein, als heute. Und es dürfen auch ferner nicht vergessen werden, die weder Zehnerzahlungen noch Beschlagnahmungen, noch Pensionen haben, aber immer mehr Steuern zahlen müssen.

Klagen über Westen und Osten. Die Jeremiaden über die Verhältnisse im besetzten Westen und Osten nehmen kein Ende, und aus Polen kommt jetzt noch eine besonders laute Beschwärze. Seit dem März haben die Polen eine Geldkurve einreten lassen, und alle inoffiziellen Devisen, die dort Geld auf Synthesen oder inoffiziellen Anlagen zu sehen oder sonstige Forderungen haben, konnten nun fast dreierlei Jahren keinen Pfennig Zinsen oder Rückzahlungen erhalten. Das ist wieder ein Beispiel für die Unmöglichkeit, in allen Verhandlungen mit Polen die nötige Bereitschaft in allen Dingen zu zeigen, die Geld und Wert betreffen. Die „politische Seele“ verlegt sich auf Moneten.

Die gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wunders sollen von der Nationalversammlung beschlossen werden, aber es erscheint nötig, nicht nur gegen die großen Aufwender mit Schieber vorzugehen, auch ihre kleinen Anhänger, die durch die Wunders verloren werden. In verschiedenen Städten sind zur Erforschung des Schieberhandels weite Geheiminspektionen angelegt, die unauffällig sich als Käuferinnen von allen unerfreulichen Schiebern haben unterrichten können. Es mag nicht angehen sein, solche Mittel anzuwenden zu dem Zweck, die Wunders auf die Volkswirtschaft zu bringen.

Schwerkranken auf der Eisenbahn. Die sofortige Gültigkeit tritt auf den preussisch-berliner Staatsbahnen eine neue Ausnahmegesetzgebung zur Gewährleistung der Reisen von Schwerkranken ein. Die Bestimmungen über die freie Fahrt von Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die von der Eisenbahn frei auf den preussischen Bahnen befördert, wenn der Kriegsteilnehmer infolge der Verletzung oder sonstigen dauernden Schädigung seiner Gesundheit ständig eines Begleiters bedarf. Die freie Fahrt wird dem Begleiter des Kriegsteilnehmers auf Grund einer Bescheinigung gewährt, die von der Eisenbahn für die Dauer eines Kalenderjahres darüber ausgestellt wird, daß der Kriegsteilnehmer dauernd einer Begleitung bedarf.

### Generalstreik in Bitterfeld?

Halle, 29. Nov. Die Abstimmung der Arbeiterschaft der chemischen und Brauntorfenindustrie am 27. November betr. Generalstreik in Bitterfeld ergab folgendes Resultat: Es stimmten 6000 Arbeiter für und 4000 Arbeiter gegen den Generalstreik. Auslassend war für das Abstimmungsresultat die Brauntorfenindustrie. Der Generalstreik wird am 2. Uhr der Schichtwechsel eintreten. Die zum Streikbeschluß erhaltene Arbeitervotation ist zurückgeführt mit dem Beschluß, daß die Regierung das Einziehen der Truppen nicht als Ursache zum Streik ansehen könne.

Die Arbeiter haben folgende Forderungen aufgestellt: 1. Auflösung der Truppen, 2. Forderung des Arbeitsrechtes gegen den Streik, 3. Aufhebung des Arbeiterschlusses, 4. Aufhebung des Ausnahmestandes. Die Arbeiter haben von der Streikleitung zu strenger Disziplin aufgefordert worden. In Bitterfeld ist alles ruhig. Von dem Verbleib der Arbeiter sind die nötigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen. Die Arbeitsarbeiten sollen von den Arbeitern fortgesetzt werden.

### Der Generalstreik ist ausgebrochen!

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Generalstreik Freitag nachmittag im ganzen Bitterfelder Bezirk ausgebrochen. Die Betriebe haben still. Auch die Mauer, Mäler usw. haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Die Folge wird sein, daß der verdrängte Belagungsstand verhängt wird. Die technische Industrie hat für alle Fälle bereit, auch sind alle notwendigen Maßnahmen dafür getroffen, daß die Arbeiterverhinderung weils nicht in Frage gestellt wird, auch für die Förderung der nötigen Kohlenzufuhr wird Sorge genommen werden.

### Ausdehnung des Streiks auf ganz Mitteldeutschland.

Halle, 28. Nov. Durch den Ausbruch des Generalstreiks im Bitterfelder Bezirk ist zu befürchten, daß sich der Streik auf ganz Mitteldeutschland ausbreiten wird, und hat man bereits in Jülichowitz, Prietitz bei Wittenberg und in den Rennowetern bei Werburg Vorkehrungen zu einem Sympathiestreik getroffen.

Generalstreik in Bitterfeld. Natürlicher wird aber die Lage in Bitterfeld mitgeteilt: Im Bitterfelder Bezirk sind Freitag nachmittag 2 Uhr alle Betriebe bis auf eine Ausnahme in den Streik getreten. Die Arbeiterarbeiten werden überall in weitem Umfang von der Arbeiterschaft fortgesetzt. Es wird immer klarer, daß der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft des Bitterfelder Bezirks gegen seinen Willen in gezwungen arbeitsfähiger Weise in den Ausnahmestand hineingezogen worden ist. Es ist festzustellen, daß nicht einmal die Hälfte der Arbeiter des Bezirks abgestimmt hat. Die Frage ist die Frage, die zur Abstimmung kam, von den Führern in der Mehrzahl der Betriebsversammlungen

so gestellt worden, daß den Arbeitern ein gut bemerkt wurde, daß sie über den sofortigen Allgemeinstand abstimmen. Es waren vielmehr der Ansicht, daß auf Grund dieser Abstimmung noch weiter verhandelt werden würde. In den Betrieben, in denen tatsächlich abgestimmt wurde, abgesehen von dem, was in den Allgemeinstand eingetreten werden sollte, wurde dies mit einer Ausnahme mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. — Selbst aus Arbeiterkreisen wird berichtet, daß unter der Wertung der Arbeiterarbeiten die Meinung herrscht, am Streik teilzunehmen. In der Stadt Bitterfeld vollkommene Ruhe, obgleich die Störungen nicht vorgekommen. Alle öffentlichen Gebäude, Rathhaus, Post, Telegraph usw. sind mäßig still.

Die Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich, hat im ganzen deutschen Reich in erfreulicher Stärke eingesetzt. Der deutsch-oesterreichische Nationalkongress, der Präsident von den Reichstagen des Reichstages, hat die deutsche Bevölkerung in der Lage, einet, was diese lebend annehmen, Erklärung den Dank Oesterreichs aus, in der er u. a. ausführte: Es handelt sich hier nicht um ein finanzielles Opfer schließlich, nicht nur um ein Opfer, das der Staat als solcher bringt, sondern um ein Liebesopfer jedes einzelnen Bürgers des Reiches ohne Unterschied. Der Gedanke ist ein weiches, das die Welt als ein uns zwar räumlich trennen kann, daß aber nicht so stark ist, die Bande gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur zu lösen, die uns mit den Weibern im Weiche verbinden. — Die Stadt Berlin hat eine „Hilfsaktion für Wien“ eingeleitet. Heidelberg hat sich angeboten, Wiener Kinder für den Winter aufzunehmen. Mehrere Angebote kommen aus der Schweiz, aus Dänemark, Schweden und — Italien, wo sich sozialistisch und nationalistisch Tendenz zu diesen Zweck zusammenfassen. Gibt es ein vernünftigeres Urteil über die Elemente als dies ihrer eigenen Bundesgenossen?

Zeitspenden für Finanzverhandlungen. Nach einer neuer Meldung sind zwischen Deutschland und Belgien wichtige finanzielle Verhandlungen im Gange. Deutschland wird innerhalb 20 Jahren die 6 Milliarden Mark zurücknehmen, die die belgische Regierung aus dem Verkehr gezogen hat.

### Einleitung des Friedensvertrages.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir aus Kreisen, die dem Kabinett nahesteht, vernehmen, ist die Reichsregierung seit Entschlossen, in der Frage der Ableitung der 400 000 Tonnen Danks, Danks und Schiffsmaterial nicht nachzugeben, und zwar handelt es sich hier nicht um ein Preisgebot, sondern darum, daß die Aufgabe des geordneten Materials Deutschlands nicht annehmbar ist für die Reichsregierung die Klausel des Handelsvertrages, nach der es in das Belieben Frankreichs gestellt wird, jederzeit in Deutschland militärisch einzugreifen. Die Reichsregierung will den Frieden, aber nicht einseitige Fortsetzung des Krieges. Mit selbstverständlicher Voraussetzung wird angeführt, daß die in Frankreich befristeten Kriegsangelegenheiten zurückgeführt werden, sowie der Friedensvertrag ist vorliegt, und nicht nach den neuen Bedingungen.

Größer Umfang der Anleihen in Ägypten. Nach der „Italia“ nehmen die Anleihen in Ägypten immer größeren Umfang an. Die Behörden haben die Gewalt über die Wäsen verloren. Die Ausländer flüchten. Die abfahrenden Schiffe sind dicht belegt. Eine drakonische Zensur verhindert die Verbreitung von Nachrichten über den wahren Sachverhalt.

Widerkrieg in Mexiko. In Mexiko ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza ist aus der Stadt Mexiko geflüchtet. In Washington geht das Gerücht, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Staaten und Mexiko bevorsteht.

### Johs Appell an Amerika.

London, 28. Nov. „New York World“ veröffentlicht ein Interview ihres Vertreters mit dem Marshall Joch, wo in letzterer von dem militärischen Geist Deutschlands warnt, der noch nicht tot ist. Joch schlägt vor, nach Amerika kommen zu wollen, um klar zu stellen, daß Frankreich Anspruch auf tatsächliche Garantien für seine Sicherheit habe, die nur durch die Hilfe Amerikas vermittelbar sind. Er fragt, wie kann der Widerstand, der gar nicht größer, Frankreich schützen? Der Widerstand sei nur eine große Hofmann. Zum Schluß appellierte Joch an das amerikanische Volk um Hilfe für Frankreich.

### Die vertriebenen Glah Deutschen.

Berlin, 29. Nov. Die Zahl der aus Glas-Lothringen verdrängten deutschen Familien, deren Mobilien der Beförderung harzt, wird jetzt schon auf 20- bis 30 000 geschätzt.

### Der Fall Elzlar.

#### Ein Demonteur der „B. P. Nachr.“

Die „Schiebergeschäfte“ der Gebr. Elzlar haben die sozialistischen „B. P. Nachr.“ auf den Plan gerufen. Die Kernfunktionäre bezeichnet die Mitteilungen der Korrespondenz, „soweit berechtigt und einmalige sozialdemokratische Mitglieder der Regierung in Frage kommen werden“, als „dieser Schwindel“. Weiter wird gesagt:

„Es handelt sich um ein Verbrechen zwischen den Gebrüdern Elzlar und ihren ehemaligen Angestellten Sonnenfeld, der ihnen eine hohe Summe unterzahlt hat, nach Holland entflohen, jetzt gerichtlich zur Verantwortung gezogen wird und nunmehr neben seinen Prozessgenossen und führenden Mitglieder der Sozialdemokratie verurteilt, die mit ihnen niemals in Verbindung gekommen sind.“ Wie die „B. P. Nachr.“ ferner hören, brauchen es die von der Korrespondenz gemeinten

„bekannten Führer der S. P. D., daß sich ihnen endlich eine Gelegenheit bietet, die schon seit längerer Zeit herauszuwerfen, die nichts als dreifache Bögen und Verleumdungen sind, gerichtlich zu widerlegen. Selbstverständlich wird auch gegen die Urheber und Verbreiter des verleumdlichen Schwindels strafrechtlich vorgegangen werden.

Der Entschluß, diese Angelegenheit klarzustellen, wird im Interesse der Sauberkeit des öffentlichen Lebens begrüßt. Es ist zu hoffen, daß die Klage bald eingeleitet und ohne Verzögerung durchgeführt wird.

### Die Kriegsgefangenen.

#### „Eine Schmach für unser Zeitalter.“

Berlin, 29. Nov. Das Komitee der internationalen christlichen Arbeitervereinigungen in Zürich-St. Gallen riefte namens der christlichen Arbeiterschaft aller Länder an den hohen Obersten hat in Paris einen dringenden Appell, in dem die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert wird. Es heißt darin u. a.: Ein volles Jahr nach dem abgeschlossenen Waffenstillstand schmachten noch Hunderttausende von Soldaten und Offizieren in schmuddel, teilweise qualvoller Kriegsgefangenschaft, zu einem entwürdigenden Elend verurteilt; des zum Teil entgegen den feierlichen Zusagen auf Währungsport nach Friedensschluß. Die ganze zivilisierte Welt und die neutralen Völker empfinden es als brennende Schmach für unser ganzes Zeitalter, als Frevel und Verbrechen an den elementarsten Begriffen von Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Kultur, als brutale Herausforderung des Gewissens der Menschheit. Wie sollen Glaube und Vertrauen auf einmütiges Völkergut Wurzeln fassen können? Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen mit angeblicher oder wirklicher Nichtbeachtung sämtlicher Waffenstillstandsbedingungen von einzelnen der früheren Kriegführenden begründen zu wollen, geht nicht an. Das Recht verlangt die sofortige Freilassung aller Kriegsgefangenen nach dem Zustandekommen der Friedensverträge. Das Völkerrecht kennt keine Zustandsfriststellung der Kriegsgefangenen für die Erfüllung aller früher Vertragsbestimmungen. In dem Glauben an das angeheure Elend, im Namen der Gerechtigkeit, Mütter und Väter der Gefangenen, im Namen der verlassenen Gattinnen und Kinder protestieren wir angefüllt Gottes und der Menschheit laut und feierlich gegen die weitere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Wir fordern sofortige Freilassung der Gefangenen in allen Ländern und den raschesten Heimtransport derselben, so wie England, die Vereinigten Staaten und Italien es in ehrenvoller Weise tun.

### Scheidemann Oberbürgermeister von Kassel.

Berlin, 28. November. Wie der „Vorwärts“ aus Kassel meldet, hat die sozialdemokratische Fraktion dem Stadtvorstandensauschuss zur Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters den Abgeordneten Scheidemann als Kandidaten vorgeschlagen. Scheidemann hat sich bereits vor mehreren Wochen bereit erklärt, das ihm angebotene Amt anzunehmen. Seine Wahl ist sicher, da die sozialdemokratische Partei die Mehrheit in der Stadtvertretung hat.

### Provinz und Nachbarstaaten.

#### Leuchern, den Dezember 1919.

Kriegsgefangenenfürsorge. Jeder ein Jahr ist seit dem Waffenstillstand verflohen. Noch immer schmachten unter armen Kriegsgefangenen in französischer Gefangenschaft, und noch ist nicht der Zeitpunkt abgelaufen, wo die lebenden Eltern und Gattinnen ihre Lieben in die Arme schließen können. Das Weihnachtsgeld fehlt vor der Tür, da will der Volksbund für Kriegs- und Zivilgefangene wenigstens den bisher fehlgekehrten Brüdern einen Wohlwonnensgruß darbieten. Am 14. Dezember findet daher im Norddeutschen Hof ein Begrüßungsabend statt, auf den wir schon jetzt mit der Bitte hinweisen, daß dieser Abend möglichst nicht durch andere Festlichkeiten und Veranstaltungen in Wegfall bringe. In den letzten Tagen dieser Woche findet eine Hausammlung zur Unterstützung der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen statt.

Die Krüden der leuren Schuhbreite. In einer Versammlung des Vereins pfälzischer Schuhwandler aus Kaserstauern wurde protestiert gegen die häufige Steigerung der Hälte- und Leberpreise, die ins Ungeheure wachse derart, daß in kurzem ein Paar fertige Schuhe etwa 400 Mk. kosten wird. Schuld daran seien die Fabrikanten und Schieber. Verschiedene große Fabrikanten hielten noch jetzt mit Ware zurück, weil sie auf Konjunkturgewinn rechneten. Die Tatsache, daß die Zahl der Millionen in Armenen, der pfälzischen Schuhwandler, von 9 auf 134 gestiegen sei, beweise genügend, welchen Gewinn die Schuhfabrikanten eingefleht haben.

Kein strenger Winter? Trotz des ersten Anlaufs, den der Winter in diesem Jahre vorzeitig zur Geltendmachung seines Regiments genommen hat, glauben viele weiterführende Leute, dennoch einen milden Winter voraussetzen zu können. Sie meinen dies u. a. aus der immer noch sehr häufig auftretenden großen Zahl von Hammeln und Feldmäulern ansetzen zu müssen, die noch laugt „im Bau“ wären. Auffällig ist auch die in diesem Jahre sehr große Zahl von Fischen und Hänglingen, die eigentlich doch Zugvögel, hiegeblieben sind.

Ausnahmeverbot für Futtermittel. Die Ernte an Futtermitteln ist in diesem Jahre so gering, daß im Interesse der Versorgung der heimischen Landbevölkerung eine Ausfuhr derselben nicht in Frage kommen kann. Ausfuhr an



träge auf Futterböden können daher nicht genehmigt werden. Früher bereits erteilt, aber nicht ausgeführte Aufschubgenehmigungen werden nicht verlängert, da Gefahr besteht, daß Samen diesjähriger Ernte zur Ausfuhr gelangt.

**Klaun.** 28. Nov. Das Störche-Verbot, nach dem bekanntlich Kaiser Wilhelm II. von dem Landwirt Hermann Knorr mit der Bestimmung zum Unterhalten der Eingekügelten worden war, daß der über eine Million Mark betragende, größtenteils in Grundbesitz bestehende Nachlaß, für Heer und Marine verwendet werden sollte, ist, wie der „Vogel-Anzeiger“ mittels, durch Rechtsanwalt Hofst. Schönberg im Namen der Witwe und eines Leiters Knorr angefochten worden. Während das Erblassererbahnen beim Amtsgericht schwebt, hat Justizrat Müller als Syndikus des Kaisers beim Landgericht die Feststellungserhebung erhoben.

**Defau.** Mehrere Lehrer und andere anhaltische Beamte haben umgingt die Abgabe des Eides auf die neue Verfassung abgelehnt und müssen deshalb von ihren Ämtern zurücktreten. Mehrere andere leisteten ihn nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der freien Aeußerung ihrer monarchistischen Gesinnung.

**Braunauweg.** Der frühere Präsident der Republik Braunauweg, Kloss, wurde vom Braunauweiger Schwurgericht wegen räuberischer Erpressung in der Revolution nach dem 7. November vorigen Jahres, bei der ihm Geldesmittel im Werte von 100 000 Mark in die Hände gefallen waren, zu 6 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Ernst.** 28. Nov. Seit Pfingsten bis die 20. März. Ernst des Arbeiters Wiegand aus Lannroba bei Kroschwitz verstorben. Der Mann, der als Wächter auf dem Egelweg angeestellt war, behauptete, sie sei ihm davongelaufen. Am Mittwoch machte nun die Schwägerin des Wiegand bei der Polizei die Anzeige, daß Wiegand ihrem Namen kurz nach Reichsweinden der Frau mitgeteilt habe, er habe in der Pfingstnacht seine Frau nach einem Streit erschlagen und die Leiche auf dem Lagerplatz des Sägewerks vergraben. Aus Angst vor ihrem brutalen Manne habe sie mit der Anzeige so lange gezögert. Am Donnerstag stellte die Weibliche Nachforschungen an der bezeichneten Stelle an und fand die Leiche. Wiegand, der aus Weimar Herbergeholt war, gestand schließlich die Tat ein, ohne jedoch Reue zu zeigen.

**Wolke.** 28. Nov. Bei einem während der Nacht ausgeführten Diebstahl in der Weichmengenstraße wurden nicht weniger als 28 neue Kleidungsstücke, 50 instandgesetzte Soldatenkleider, 40 Stoppel mit Schläufen und drei Signalförner gestohlen. Von den Tätern steht jede Spur.

**Ein Kohlenhändler.** Weimar, 28. November. Eine Anzeige des Kohlenhändlers sowie Privatgeschäfte besagt, daß der frühere Leiter der Erbschaftsangelegenheiten, Kaufmann Stenow zwei Reiche hatte, in denen er ganze Waggonsladungen mit Kohlen veräußerte und den ersten Gewinn aus seinen Wägen streichen ließ. Stenow ist seines Amtes entsetzt und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben.

### Vermischtes.

**Kaiser Karl in Geldsünderlist.** Wie „Daily Express“ berichtet, demontiert Kaiser Karl die Nachricht, daß er von Frankreich eine Pension erhalten habe. Im übrigen sei allgemein bekannt, daß die Familie des früheren Kaisers infolge des Sturzes der Wälta schwere Verluste erlitten habe. Die Kaiserin habe ihre Juwelen verkaufen müssen.

**Zusammenhang gegen den Verkauf Deutschlands.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Problem des Ausverkaufs Deutschlands (insolge des schlechten Salutarandes) beschäftigt die beteiligten Kreise schon seit längerer Zeit, und wenn bis jetzt bestimmte Maßregeln noch nicht bekanntgegeben sind, so hängt das mit der Schwierigkeit der Markterweiterung zusammen. Eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand ist schon dadurch bemerkt worden, daß eine Ausfuhrkontrolle bereits funktioniert, um dem illegalen Export Einhalt zu tun. In der Frage der Exportzölle ist eine Entscheidung noch nicht gefallen; dagegen steht der Erlaß einer Verordnung unmittelbar bevor, die die Ausfuhr von Eisenwaren, Eisenbahnmaterial und Eisenbahnmaterialien, die erste vorläufige Liste wird in kurzer veröffentlicht werden; sie enthält eine Anzahl sehr wichtiger Verbrauchsgüter, deren Ausfuhr dadurch unterbunden wird. Es ist anzunehmen, daß die Verschärfung der Strafe die illegale Ausfuhr in Zukunft lähmen wird. Weitere Maßnahmen zur Beeinträchtigung des Ausverkaufs stehen ebenfalls unmittelbar bevor.

**Arbeiten wegen Lebensmittelverknüpfungen.** Der Besitzer der Friedländer Zeitung, Walter, hatte von den bei ihm gebrauchten Lebensmittelarten größere Mengen zurückgehalten und für sich verwendet. Gelegenheitlich einer Hausungung ist diese Sache bekannt geworden und der Einwohnerausschuß Friedlands (Wahlversammlung) bemängelte sich hatte Erregung. Die Arbeiter führten die Prüderer und demontierten sie. Walter wurde von den Demonstranten bedroht und ersuchte einen Arbeiter. Ein anderer, der schwer verletzt wurde, starb noch an demselben Tage. Die Menge schlug dann drei Stunden lang, die auch in die Angelegenheit verwickelt waren, die Lebensmittelarten ein. Der medienbaurische Staatsminister Freiherr von Reichenow begab sich im Automobils nach Friedland und veranlaßte eine große Volkserhebung, und es gelang ihm, die Bevölkerung zu beruhigen. Walter und Sohn sind gefesselt.

**Der Mörder Rosa Luxemburgs verhaftet?** In das Militär-Archivhaus zu Hannover wurde der Verhaftete Die eingeliefert, der unter dem Verdacht stand, der Mörder der Frau Rosa Luxemburg zu sein. Otto war vor längerer Zeit aus Berlin geflüchtet und hatte sich unter dem Namen Koch in Hannover aufgehalten. Er soll bereits ein Geständnis abgelegt haben.

**Sandarbeiterstreik.** Im Landkreise Weismann ist ein Streik der Sandarbeiter im Gange. Der größte Umfang annehmen droht. Am letzten 2. Oktober sind auf den Gütern des Grafen Bismarck-Wolff in Ralsburg und Biel drei Arbeiter entlassen worden, weil sie die russischen Arbeiter von der Arbeit abstellten. Darauf sind die Arbeiter heute in den Streik getreten, der jetzt bereits 17 Güter umfaßt.

**Don einem Gendarmen erschossen.** Eine aufregende Verbrechenperiode spielte sich in Venhü (unweit Potsdam) ab. Aus dem dortigen Badlokal ergriff ein schwacher Junge die Flucht. Der ihn verfolgende Gendarmerte-Beauftragter verfolgte den Flüchtenden durch Gassen und Weiden bis zu einem Weidenhain, wo er den dortigen Kreisstrafenhaus schloß. Man legte trotz der schmerzlichen Verletzung den Eindringling in Fesseln und stellte außerdem noch Bewachung. Dem Schwerverwundeten gelang es trotzdem, die Flucht zu ergreifen. Er schlüpfte in eine Ofenabfuhr und schloß auf seine Verfolger. Dem Gendarmerte-Beauftragter fehlte es nicht an Mut, als er den Verbrechen zu erschließen. Bei dem Toden fand man Wirtensarten auf dem Namen Walter von der Welt.

**2000 Gewehre beschlagnahmt.** Durch die Sicherheitswehr in Dortmund wurde festgestellt, daß sich auf dem dortigen Hauptbahnhof ein Wagon mit 2000 neuen Infanteriegewehren zweifelhafte Herkunft befindet. Die Gewehre wurden beschlagnahmt. Wüster konnte nicht festgestellt werden, wer der Abgeber oder der Empfänger der Waffen ist.

**Berliner Einbrecher in Geseiten.** In Reichensbach drangen zwei Einbrecher in die an der Breslauerstraße belegene Wohnung der Rentiere Mehrländer. Sie schlugen die Frau zu Boden, banden sie an Händen und Füßen und stießen ihren Ansel in den Mund. Dann vertrieben sie alle Wertsachen und raubten für etwa 20 000 Mark Gold- und Silbergegenstände, Schmuckstücke u. s. w. Am auf dem Abende ernteten sie sich mit ihrer Beute. Die Heberjagd wurde erst am nächsten Tage total entzündet und noch gefehlt aufgefunden. Der Diebstahl gelang es bald, die Wänder in Regnitz zu beschaffen. Es sind Berliner Großstadteinbrecher. In ihrem Besitz waren auch die geraubten Wertgegenstände vorgefunden.

### Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Sonntag des 30. November.

Anwesend 20 Stadtverordnete, Herr Bürgermeister Zimmermann, Herr Ratg. Ass. Knaab und die Vertreter einiger zum Friedensverband gehöriger Gemeinden.

1. Die Mittel zur Anschaffung eines neuen Leidenmogens für den Friedensverband werden bewilligt, mit der Anregung, daß Vergebung der Arbeiten hierzu nach Möglichkeit das ortseigene Handwerk zu beschäftigen.

2. Für die Beschleunigung der sämtlichen amtlichen Bekanntmachungen der städtischen Behörden im „Vogel-Anzeiger“ wurde ein Jahres-Pauschalpreis von 400 Mark bewilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, einen Teil der Bekanntmachungen auch im „Zeiger Volksboten“ zu inserieren und soll hier die Bezahlung nach dem Preisverlauf erfolgen. Mehrere Stadtverordnete wiesen darauf hin, daß geredete eine gleichmäßige Bezahlung, entweder im Voraus oder nach Teilen erfolgen müsse. Die Mehrheit beschloß jedoch im oben angegebenen Sinne. Es wurde in der Besprechung festgestellt, daß die Veröffentlichungen in dem „Zeiger Blatte“ ca. 1000 Mark erfordern würden.

3. Nach einer Berührung der Regierung darf eine Gewerbesteuer nicht mehr von den Gemeinden sondern in Höhe von 4%, vom Staate erhoben. Den Gemeinden ist es gestattet, hierzu einen Zuschlag bis 1/2% zu erheben. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Erhebung des Zuschlags in angegebener Höhe.

4. Die in dem neuen Ortsstatut über die Erhebung einer Korten- und Aufwandssteuer von Wägen zur Bestimmung der zu erhebenden Höhe hat nicht die Befähigung der Regierung gefunden. Es werden demgemäß entsprechende Höhe festgesetzt.

5. Die Ver. genehmigt einmütig den mit der Ver. des Weismann-Vertrages vom 1. 10. abgefallenen Betrag gegen Erstattung von 10 Kleinverleumdungen. Einem Abkommen mit dieser Gesellschaft und den A. Nebenfalls Montanverleumdung, Verleumdung eines Betrages v. 650. 000 M. gegen Kosen des Verleumdungs- und Strafenfalls für die Stellung wird zugestimmt und den beiden Gesellschaften der Anteil der städtischen Angelegenheiten wegen dieses Angelegenheiten zum Ausdruck gebracht.

6. Einem Regimentsbesitzungs wegen Aufnahme einer Anleihe von 125 000 M. zu 4 Prozent Zinsen und 2 Prozent Tilgung zum Zwecke des Baues der Feuerlöschstation wird zugestimmt.

7. Der Bauunternehmer Fritz Randert hier, hat den Antrag gestellt, ihm einen Streifen Platz, Rand neben der Kinderbewahranstalt an Abhülfer Feldweg entlanglangsam zum Bau dreier Wohnhäuser zu überlassen. Die Ver. beschloß, ihm das geforderte Land zum Preise von 2 M. für den □ m zu verkaufen unter der Bedingung, daß 5 den Bau der 3 Häuser selbst ausführt und halbjährlich in Angriff nimmt.

8. Die Ver. beschloß, daß sich der Fortbildungsausschuß nach fünfjährig zusammenlegen soll aus 2 Regimentsmitgliedern, 3 Stadtverordneten und 2 Handwerkermeistern. Demgemäß werden die Stadtd. Handwerker und M. Zimmermann in den Fortbildungsausschuß aufgenommen.

9. Von der Bewilligung einer Bewilligung von 5000 M. zu den Kosten der Zuppschneidung mittels der Ver. Kenntnis. Es wird angesetzt einer Aeberechnung der Desinfektionskosten auf die Stadt nächst 3 treten.

10. Die von verschiedenen nicht. Beamten gefällten Desinfektionsstellen sollen zurückgelegt werden und in Zukunft in Regal kommen. Grund hierzu ist, daß bei den nicht. Beamten solche Funktionen schon seit längerer Zeit ausgeübt sind, da es ein Hindernis bilden für das Eintreten mancher tüchtigen, aber unbedeutenden Menschen in Beamtenstellen.

11. Infolge der Erhebung der Fernsprechgebühren wird für eine Nachbesserung von Wägen zur Bestimmung nötig. 300 Mark werden bewilligt, etwa 1500 M. an Unterhaltung des Stromausfalls.

12. Die öffentlich abgelaufene unermittelte Kassenrechnung hat am 12. Nov. stattgefunden. Es haben sich keine Mängel gefunden. Die Reformierung nimmt Kenntnis.

13. Von der Aeberechnung über die Umplafierung eines Teils der Treibhölzer Straße nimmt die Reformierung Kenntnis. Ein Betrag von rund 2500 M. wird dem Pfahlfachverband überwiesen.

14. Die bereits durch Umfahrungen unter den Mitgliedern des Clubs, Kollisions, beschlossener Beseitigung der Wasserleitung durch die Erhebung und einmütig genehmigt.

15. Dem Kontraktant ist in einem Schreiben mitgeteilt worden, daß für den nächsten Winter bereits die Bedingungen für eine Anweisung derselben vorliegen. Die Stadtverordnetenversammlung hat zu beschließen, ob sie mit der Aufhebung und Einverleibung in den Kommunalbesitz einverstanden ist. Die Ver. erklärt ihr Einverständnis und beantragt nicht nur die Einverleibung des Ostbezirks Leuchter sondern auch des Westbezirks Leuchter - Beschlossen die Anweisung - Einweisung und Verkauf von Schwämmen, Zigarren, Ausübung des Westbezirks als Baumarbeiter, Hausbesitzer, Beschloß den Ostbezirk - Westbezirk Westbezirk, Einweisung des Westbezirks am Schloßplatz führen zu teilweise recht lebhafter Ausprache und wurden dem Magistrat überwiesen.

## Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Gehenlein.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Man hat behauptet er ist in den letzten Wochen necros gewesen. Litt er schon früher an Nervosität?“

„Niemals! Er war der gefühlsche Mensch, den man sich denken kann. Erst seit etwa vier Wochen plagte er über Schlaflosigkeit, lag flüchtig aus und war unheimlich unruhig in seinen Stimmungen.“

„Wie ängstete sich dies?“  
„Dadurch, daß er manchmal forciert bereit war, um plötzlich ins Gegenteil umzufallen. Dann besam er Umwandlungen von Melancholie, die seiner Natur früher ganz fremd gewesen. Da bestand aus darauf, daß man einen Tag konstatieren würde —“

„Ist wohl davon. Aber wie erklären Sie sich seinen Zustand? Mit irgendeinem Ereignis nagefallen, das Herrn von Giesberg erschüttern konnte? Erhielt er vielleicht einen Besuch, einen Brief, irgendeine Nachricht, die ihn altertirtel bekümmerte Sie sich genau, gnädige Frau — eine solche Laune wäre sehr wichtig.“

„Nein — ich weiß gar nichts. Und gemäß hätte Rudolf es mir mitgeteilt, wenn irgend etwas ihn innerlich beunruhigte, denn er hatte auch nicht das kleinste Geheimnis vor mir.“

„Wie kommen Sie mir auf diese Idee?“  
„Weil er antwortete nicht, sondern wollte sich rasch an Frau von Man, die sich vergeblich mühte, eine unere Annäherung zu verbergen.“

„Und Sie, Fräulein Marquise? Wissen auch Sie nichts über eine derartige Laune?“  
„Ganz klar konnte ich schon eine Anzeige in die letzten Augen, die ihn vernarrt anstarrten.“

„Nein“, murmelte Man, „was sollte ich...“  
„Man — nehmen wir an, es gab eine Weimings geschicktheit, einen kleinen Streit damals vor die Wände. Lebende nehmen dergleichen manchmal komisch erlitt. — Wir hatten nie einen Streit. Er war so gut — und ich wäre das unaufrichtige Geschloß der Welt gewesen, wenn ich dies hätte verbergen können...“

„Sie können und sollte den Kopf mit einem ärgerlichen Zug um den Mund, als bereite sie, sich überhaupt auf dieses Thema eingelassen zu haben.“

„Weil er betrachtete sie mit steigendem Interesse, irgend etwas in ihrem Benehmen schien ihm geheimnisvoll und unklar. Er hatte das deutliche Gefühl, als wolle sie etwas vor ihm verbergen.“

„Man konnte sich wieder an die alte Dame. Wollen Sie mir nur noch mitteilen, gnädige Frau ob Sie wissen, aus welchem Grunde Frau von Man seinen letzten Abend seines Lebens den gewohnten Besuch bei Ihnen unterließ?“

„Er teilte mir mittags durch eine pneumatische Karte mit, daß ein wichtiges Geschloß ihn am Kommen verbot. Aber weil er nicht, als habe nichts anders ermarkte. Die alte Frau aber fuhr unruhig fort: „Es war die erste Anzei seines Lebens, denn, wie ich ja damals bemerkte, hatte er gerade an diesem nichts mehr vor. Und ich gedachte mir vergeblich den Kopf, was ihn veranlaßt haben könnte, seiner alten Mutter die Unwahrheit zu sagen.“

„Er kam dem Tode vielleicht unrettbar, gnädige Frau“, sagte Marquise ernst, „er hat Sie nicht belogen. Das Geschloß, das er vorhatte, war — zu sterben.“

„Mit einem Ansturz des Schreckens fuhren beide Frauen in die Höhe. Man ästerte am ganzen Leib. Eine zu wissen, was sie tat, griffen ihre Hände frampfhaft nach dem Arm des Defektios.“

„Schlamm, lassen Sie? Wie kommen Sie auf diese Idee? Man sollte er...“

„Richtig! Lassen Sie Ihre Hände schlaff herab und sie wandte sich kopfschüttelnd ab. „Nein — nein nein!“ murmelte sie. „Es wäre noch gefährlicher! Und es ist nicht so! Ich fühle, daß es nicht so ist...“

„In schwerer Berührung freiste ihr Blick über Weimings Gesicht. Unermüdet, Begreifen Sie denn nicht? Ein Wort ist begeben worden. Sie müßten den Vorber finden...“

„Haben Sie denn gar keine Spur?“  
„Die Weimiger, der gleich der alten Dame diesen Ausdruck heimlicher Erregung mit tiefem Erschauern beobachtet hatte, antwortete komisch, trat eine Unterbrechung ein. Das Stubenmädchen erschien mit einer Willenkarte.“

„Herr von Rudolph läßt anfragen, ob gnädige Frau ihn empfangen können?“  
„Die Augen der alten Dame füllten sich mit Tränen. „Nicht! — Nicht! Heißer Augenfreund. — Natürlich! Bitte Sie den Herrn in das Wohnzimmer nehmen.“

„Sie verbeugte sich höflich gegen Weimiger. „Ich muß jetzt um Aufschubung bitten — Man — will ja nicht aus...“

„Der Fräulein Marquise, die mit weitem Gesicht und fest wie eine Akkordeonistin dastand, machte eine hastige ablenkende Bewegung.“

„Der Herr von Rudolph wird gewiß seinen Besuch auch bei angeblich haben, mein Kind!“  
„Nein auch. Gese, ich könnte... nein, ich wolle niemande sehen, der... ihm nachsehen! Bitte, bitte, bitte! Man, umgibt mich nicht...“

„Ich kann mich nicht...“  
„Sie glaubten nicht an Schlimmes. Sie forberten mich auch nicht die letzte Spur von ihm. Können Sie mir nicht wenigstens sagen, ob Herr Rudolph einen Feind besaß?“

„Sie schämte lange. Endlich sagte sie sehr leise: „Es muß wohl einen solchen geben, da Rudolf tot ist!“

„Und Sie kennen ihn nicht?“  
„Nein — ich kenne ihn nicht!“

„Ihre Stimme klang leblos, wie die eines Automaten. Zum zweitenmal lenkte sich Weimiger über Kopf in die Thren. Fortsetzung folgt.“



# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die Anzeigenspalte 25, Restspalte 40 P.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erkennt wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Bierjährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 2,10 RM, von unseren Boten ins Haus gebracht 2,35 RM und durch den Briefträger 2,35 RM.

Bierstättliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeilstraße 10, auch von unseren Boten und allen Botenstationen angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 141.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

58. Jahrgang

## Die letzte Woge.

Auch nach dem Weltkrieg wird der Waffenverkehr im hohen Maße von Geschäftstrieben beeinflusst sein, und zwar um so mehr, als dem letzteren statt der Politik die wirtschaftliche Rolle beizulegen ist, die doch einmal kommen und mit den Jahren auch ihre Wirkung erzielen muß. Im Geschäftsleben aber hat noch allzu vielen Zeiten der Grundlag sich als Wahrsager bewährt, daß Kriegen, Entgegenkommen, sich bezogen macht, Deutschland hat durch den Weltkrieg auf diese Weise schon bei außerordentlichen Eiern, mit dem Kriegszustand und Nationalverfallung trotz aller Opfer bestrebt sind, die Friedensverträge auf neue feste Grundlagen zu stellen, sollte Entgegenkommen bei der Entente ausbleiben, so wird man so glatter vollziehen sich die Abwicklung der Kriegesfolgen. Amerika mit zum Reizen des heimischen Geschäftstriebs die Ratifizierung des Friedensvertrages bis ins neue Jahr hinauszuschieben, wenigstens sagt sich der Präsident Wilson den Vorbehalten des Senats in Washington einzuwickeln, aber das braucht kein Anlaß zu sein, die Ratifikation der Friedensverträge wieder hinauszuschieben. Letzter sind die Ausschichten auf Abänderungen schwach, unsere Unterhändler haben wieder in der Frage der Auslieferung von Schiffbaumaterial, noch in der Herabsetzung der Zahl von Milchföhen etwas Neuenwertes bisher erlangt können. Dieser Zustand der aneinanderstößenden Verhandlungen der deutschen Regierung ist unzulässig. Wir glauben nicht, daß die Amerikaner darin auf Schritt und Tritt dem Beispiel von London und Paris folgen werden, mögen sie wahrlich nicht unsere Freunde sein. Die amerikanische Geschäftstätigkeit kann da mehr nützen, als die Annäherungen des Präsidenten Wilson über seinen Rücktritt, die den Widerstreit der bestehenden Interessen doch nicht beilegen werden.

Nach Eintritt einer längeren Pause in den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungs Ausschusses hat die Nationalversammlung sich wieder an die Erörterung der neuen Steuerentwürfe gemacht und die umfangreiche Abgabensammlung nach den Beschlüssen ihrer Kommission angenommen. Auch die große Vermögensabgabe wird noch im alten Jahre genehmigt werden, so daß ihren Inkrafttreten mit dem 1. Januar nichts im Wege steht. Dann kommen Umsatzsteuer und Einkommensteuer an die Reihe. Die Aufmerksamkeit galt aber weniger diesen finanziellen Maßnahmen, als den wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Parteien und den Sozialisten über das Betriebsratsgesetz. Die geschlossene deutsche Arbeit kann nicht vergeblichen Sorgen dienen, denn bei den heutigen sehr schwierigen internationalen Konkurrenzverhältnissen müssen wir uns wirklich damit helfen, daß viele Betriebe den Preis verheeren. Wenn die deutsche Industrie erst lange herumfragen muß, was sie tun soll, dann hat sie aufgehört, konkurrenzfähig zu sein. Derartige Krisen stellen einen Luxus dar, den wir uns heute nicht gelassen dürfen. Das praktische gelinde Leben würde durch die ganze Theorie gewöhnt und nutzlos gemacht werden. Derartige Reden und Besprechungen erregen nicht mehr Interesse der geduldrigen Mitternachts eine Forderung auf zuverlässige Maßgaben für die Zukunft sind aber damit noch nicht erbracht worden.

Am 28. November war es ein Jahr, daß der letzte deutsche Kaiser in Amerongen im Holland die Abdankung unterzeichnet hatte. Die hochsitzige Proklamierung der Entente rief von Woche zu Woche widersprechende Meinungen hervor, die zeigen, daß verschiedene Strömungen gegeneinander kämpfen. Der Weltkrieg und dies Nachkriegsleben würden nur aus miteinander gemein haben, daß in beiden nichts vom Recht zu finden ist. Es ist nach wie vor nicht anzunehmen, daß Deutschland ernstlich zugunsten werden kann, schlichte Männer dem Geracht der Entente auszuweisen, weil sie das taten, was durch die Pläne der Gegner notwendig geworden war. Im Baltikum haben heftige Kämpfe zwischen der noch dort befindlichen deutschen Flotten Division und den russischen Partisanen stattgefunden, von deren Lebensmacht unsere Konsuln arg berührt waren. Wenn es auch bei der Sachlage unklar war, trotz aller Warnungen auf russischem Gebiet auszuhalten, so wollen wir doch hoffen, daß alles noch zu einem guten Ende kommt. Der äußersten Wendung müssen wir jedenfalls zu helfen suchen, denn kein Deutscher kann den anderen in schwerer Gefahr, bei der es sich um Tod und Leben handelt, im Stiche lassen, wenn er zu helfen vermag. Die Zeit entschuldigt manden Trost, der die

Verhältnisse verschärft hat. Erstensgerne lauter die letzten Meldungen beruhigender.

Die Wahlen in Frankreich haben den Ministerpräsidenten Clemenceau als Dictator seines Landes befähigt, und seine Macht bekommt Deutschland wieder zu fühlen. Die deutschen Gefangenen werden nicht ausgeliefert, sondern weiter zum Wiederaufbau der durch Krieg zerstörten nordfranzösischen Städte und Dörfer verwendet, bis der Friede wirklich in Kraft getreten ist. Dies soll aber erst geschehen, wenn wir alle unsere Verpflichtungen erfüllt haben. Es und wenn dies in allen Punkten möglich sein wird, steht dahin. Ueber den Zeitpunkt der Rückkehr der Gefangenen läßt sich daher leider noch gar nichts Bestimmtes sagen. Nach dieser Parole von Clemenceau Wählern ist auch nicht zu erwarten, daß der Neunundsechzigjährige aus seinem Amt scheiden wird. So lange er lebt, wird er uns schädigen haben. Deutschland hat den zivilisierten Völkern den Krieg angedeutet. So sagt er; zu treffend ist es nicht, aber wir sollen dafür büßen. Damit werden uns sehr trübe Aussichten für das neue Jahr eröffnet.

überhaupt nicht verhindert werden konnte. Auf Grund dieser Ausführungen kommt die Deutscher Seite zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Vernehmung gefordert werden, von Nichts wegen als unbegründet zurückweisen muß.

### Ein Einigungsversuch Teutschlands.

Die deutsche Regierung betont zum Schluß, daß es nicht ihren Absichten entspricht, wenn durch eine bewährte Streitfrage das aus deutschseitig bringend gebührliche alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedsgericht im Haag zur Entscheidung zu unterbreiten.

Der Vorschlag geht im einzelnen dahin, daß das Schiedsgericht zunächst die Frage entscheiden soll, ob die deutsche Regierung für die Verfertigung der Schiffe verantwortlich ist. Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde das Schiedsgericht die weitere Frage zu entscheiden haben, welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Verfertigung erwachsen ist und wie dieser Schaden von Teutschland wiederzugutmachen sein würde.

### Die Verteilung der Beute.

Der Oberste Rat beschäftigte sich Freitag mit dem Schicksal der deutschen Kriegsschiffe, die den Alliierten übergeben wurden. Es wurde im Prinzip die Veranlassung dieser Schiffe beschlossen, nur die Verteilung des alliierten Beutes noch zu verhandeln. Zuerst stimmte der Oberste Rat folgenden Abänderungen zu:

1. Frankreich und Italien erhalten Kriegsschiffe, da ihre Verften während des Krieges nicht bauten.
2. Die Schiffe können vorübergehend an die alliierten Länder in Erwartung der Abrüstung verliehen werden.

Ueber die Verteilung des Besenmaterials, das als Kriegsbeute in die Hände der Alliierten in Scapa Flow gebracht ist, ist noch kein Einfluß gefast worden.

### Das schlechte Gewissen.

Die Note des Ministerpräsidenten Clemenceau über die Kriegesgefangenen ist in Frankreich nicht veröffentlicht worden. Die „Presse de Paris“ hat lediglich nach den deutschen Blättern in einem Telegamm aus Basel einen Auszug veröffentlicht.

Minister Dezer neuen Eisenbahndiebe und Schieber. Die Erfolge eintreten der preussisch-berlinischen Staatsbahnen für verlorene, verordnete und beschädigte Gegenstände haben im Jahre 1918 nicht weniger als 100 Millionen Mark erreicht. Zum erheblichen Teile kommt dieser Verlust auf Eisenbahndiebstahl. Die Diebereien, Beuntrennungen, Schiebungen und sonstigen Verletzungen der Dienstpflichten drohen sich zu einem Krebschaden auszuweiten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat deshalb die Eisenbahndirektionen von neuen anzuweisen, den inerbirten Möglichkeiten ohne Rücksicht auf Kosten oder Bequemlichkeiten anderer Art entgegenzutreten. Es sind dafür eine Reihe von einzelnen Maßnahmen angeordnet. Die Bekämpfung der Eisenbahndiebstahl, der Schiebererei und Verletzungen sowie die Bearbeitung der gesamten Abfertigung von Gütern und Gepäck ist einem besonderen Dienstorgan als Hauptaufgabe zu übertragen.

9. Wadensens Geimkehr. Wie dem Wiener Journal aus Budapest telegraphisch wird, begibt sich General Feldmarschall v. Mackensen, der in den nächsten Tagen aus Saloniki entlassen wird, über Budapest und Wien nach Deutschland zurück. Er dürfte in Budapest und Wien nur kurzen Aufenthalt nehmen.

8. 189 der Wadensensordnung, die seit auch vom Plenum der Nationalversammlung angenommen worden ist, ist der wichtigste Paragraph dieses umfangreichen Gesetzes, weil er die ganze deutsche Steuerentlastung auf neue Grundlagen stellt. Danach werden alle Bank-, Spar- und Kreditinstitute jeder Art verpflichtet, vom 1. Januar bis 31. März 1920 den Steuerbehörden ein Verzeichnis ihrer Kunden einzureichen. Damit ist also die Sinterziehung von Steuerhinterzählern und Sparräubern irgend welcher Art von den Steuern unmöglich gemacht, denn den Banken usw. sind bekanntlich bereits die Sünde der Anleihe für alle stuporen oder Dividenden einzureichen. Nach diesen werden nun auch die Sparger der Sparbanken erfasst. Öffentlich ist bedauerlich nicht die Sparbank. Sehr bedeutsam ist auch die Bestimmung der Wadensensordnung, nach



nicht in einem neutralen, sondern in einem britischen Hafen interniert worden sind.

Außerdem haben die Engländer die Internierung in Scapa Flow so gestaltet, daß die Befragungen wie Kriegsgefangene behandelt wurden. Insbesondere wurde ihr freier Verkehr mit der Heimat unterbunden. Wie die Deutscher durch Klärung der Einzelheiten des Vorganges nachweist, ist es lediglich auf diese Unterbindung des Verkehrs zurückzuführen, daß Admiral v. Reuter in jenen Tagen zu der Annahme kommen mußte, der Waffenstillstand laufe am 21. Juni mittags ab, und daß er daraufhin nach Seemannsbrauch die Verfertigung der Schiffe veranlaßte.

Daraus ergibt sich einmal, daß der Admiral während des Waffenstillstandes der Schiffe in Scapa Flow der Befehlshaber der deutschen Flotte tatsächlich entgegen war. Damit entfällt von vornherein jede Haftung der deutschen Regierung für die Handlungen des Admirals. Außerdem kommt aber das eigene Verschulden der Gegner hinzu, deren vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Verfertigung geworden ist.

### Deutschland erkennt seine Ersatzpflicht an.

Es kann unmöglich zugegeben werden, daß die Alliierten von Deutschland den Ersatz eines Schadens fordern, der auf ein vertragswidriges Verhalten der Alliierten zurückzuführen ist und gerade infolge dieses vertragswidrigen Verhaltens von Deutschland

Zeichne mit 500 Mark in bar  
und 500 Mark Kriegaanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe.